

**Anfrage an den Budgetdienst vom 18.12.2014:  
Abg. z. NR Dr. Kathrin Nachbaur  
Klubobfrau Team Stronach**

Sehr geehrter Herr Dr. Berger,

bezugnehmend auf den Kurier Artikel vom 18. Dezember 2014 mit dem Titel „Brisantes Urteil: Nachzahlung für Beamte könnte drei Milliarden kosten“ (siehe unten) ersuchen wir um Prüfung der geschilderten Causa und Einschätzung etwaiger budgetärer Auswirkungen.

Mit besten Grüßen

Dr. Kathrin Nachbaur  
Klubobfrau Team Stronach

*"Kurier" vom 18.12.2014  
Ressort: Seite 1*

*Seite: 1*

*Wi, Abend, Bgld, Länder, Länder, N.Ö., N.Ö./Industrieviertel, N.Ö./Mitte, N.Ö./Weinviertel,  
Oberösterreich, Wi, Morgen*

Brisantes Urteil

**Nachzahlung für Beamte könnte drei Milliarden kosten**

Verhandlungen. Sechs Monate Zeit, um Besoldungsrecht zu reparieren

Aufgrund eines Urteils des europäischen Gerichtshofs haben alle österreichischen Beamten Anspruch auf Nachzahlung. Laut KURIER-Recherchen geht es dabei um rund drei Milliarden Euro. Die Regierung verhandelt nun intensiv mit der Beamtenengewerkschaft, um eine rechtskonforme und möglichst günstige Lösung zu finden.

*"Kurier" vom 18.12.2014  
Ressort: Innenpolitik*

*Seite: 4*

*Wi, Abend, Länder, Morgen*

**Regierung sitzt auf Budgetbombe**

Beamtengehälter. EU-Gerichtshof spricht Beamten drei Milliarden Nachzahlung und höhere Gehälter zu

Von daniela kittner

Das Finanzministerium wiegelt ab: Zahlen zu nennen, sei "unseriös".

Das Beamtenstaatssekretariat ist verschwiegen: Die Causa sei "zu heikel" für öffentliche Erörterungen.

Nicht einmal der Chef des Fiskalrats, Bernhard Felderer, wird von den Regierungsstellen informiert. Felderer kennt lediglich "Schätzungen privater Steuerberater". Deswegen weiß er, dass Sprengstoff in der Materie steckt: "Da wird es Diskussionen drüber geben müssen."

Der Sprengstoff in Zahlen: drei Milliarden Euro Nachzahlungen an die Staatsdiener.

Dazu um eineinhalb Biennalsprünge höhere Gehälter.

In der Regierung ist Feuer am Dach. Seit vergangenem Montag verhandeln Beamtenssekretärin Sonja Steßl und Finanzminister Hans Jörg Schelling mit der Beamtengewerkschaft, um die Budgetbombe zu entschärfen. Während bei der Steuerreform jede einzelne Seite eines Expertenpapiers öffentlich zelebriert wird, versucht die Regierung im stillen Kämmerlein, die Milliardenbelastung von den Steuerzahlern abzuhalten.

Die Causa ist nämlich für die Republik etwas peinlich. Ausgangspunkt für die Nachzahlung ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs. In einer ähnlichen Causa hat Deutschland vor dem EUGH gewonnen. Aber Österreich hat verloren.

Die Vorgeschichte ist juristisch kompliziert, lässt sich in Summe so zusammenfassen: Allen Beamten müssen Vordienstzeiten für Lehre und Schule vor dem 18. Lebensjahr angerechnet werden. Die Auswirkungen: Alle Bundes- und Landesbediensteten, 5000 Telekom-Mitarbeiter und 8000 Postler haben ab sofort das Recht, einen Antrag auf Neufeststellung ihres Gehalts einzubringen. Die Dienststelle muss dann innerhalb von sechs Monaten tätig werden. Daher hat die Regierung - das wird im Finanzministerium bestätigt - genau sechs Monate Zeit, die Sache zu reparieren. Man nimmt sich nun das deutsche Gesetz als Vorbild.

Ohne Reparatur haben die Bediensteten das Recht auf eine Vorrückung um eineinhalb Biennalsprünge, und die rückwirkende Nachzahlung dieser Gehaltserhöhung für drei Jahre. Allein letzter Punkt kostet drei Milliarden. Diese Zahl, die Ex-Beamtenministerin Heinisch-Hosek einst nannte, wird dem KURIER in Expertenkreisen bestätigt. Die Gehaltserhöhungen würden zusätzlich Geld kosten. Die Telekom rechnet für ihre 5000 Beamten mit um 15 Millionen höheren Personalkosten im Jahr und bis zu 40 Millionen Nachzahlungen.

Eingeweihte schimpfen, die Regierung habe das Verfahren vor dem EuGH "versemmelt". Die Regierung will nun eine Lösung, die nichts kostet. Die Beamtengewerkschaft sagt, gratis gibt sie es nicht.

Ein Milliardengeschenk für unkündbare Hofräte in Zeiten von Sparkurs und hoher Arbeitslosigkeit - das wird bei den Steuerzahlern wohl eher nicht sehr gut ankommen ...